

Resolution der Personalversammlung am 19.02.2020

## **Die Personalversammlung Schulen ruft auf zum Widerstand gegen Rechtsradikalismus und Neonazismus**

Die Ereignisse in Thüringen haben gezeigt, dass Teile der CDU und der FDP in dem Bestreben, eine linke Minderheitsregierung zu stürzen, dazu bereit waren, sich zu diesem Zweck auch der Stimmen der AfD zu bedienen. Aus taktischem Machtkalkül und Opportunismus haben sie sich auf das demokratieschädigende Vorgehen des Faschisten Höcke eingelassen, um die notwendige Mehrheit für die Wahl des FDP-Kandidaten Kemmerich zu organisieren.

Dieses Vorgehen ist in höchstem Maße gefährlich, weil es ein weiteres Erstarren der AfD und des Rechtsradikalismus begünstigt. Auch die jetzt erneuerte Willensbekundung dieser Parteien, nicht mit der AfD zu kooperieren, löst das Grundproblem nicht, dass unter den Bedingungen von zunehmenden prekären Beschäftigungs- und Lebensverhältnissen und unzureichender gesellschaftlicher Teilhabe immer mehr Menschen in Deutschland für rechtsextreme Positionen empfänglich werden.

Gefordert ist nicht nur die aktive politische Auseinandersetzung mit der AfD, sondern auch eine Wende hin zu einer demokratischeren und sozialeren Politik.

Die Personalversammlung erklärt sich solidarisch mit den Thüringer Kolleginnen und Kollegen, die sich an den Schulen mit rechtsradikalen und demokratiefeindlichen Tendenzen auseinandersetzen.

Die Personalversammlung fordert alle demokratischen Parteien dazu auf:

- nicht mit der AfD in den Parlamenten zu kooperieren,
- gegen alle Spielarten neofaschistischer und rechtsradikaler Politik Position zu beziehen.